

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 96 (1989)

Heft: 12

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

len Marketings – ausgerichtet auf die veränderten Marktverhältnisse – und Ausschöpfen der Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung in der Produktion.

Folgerichtig steht die SWD heute in einem Umdenkprozess, welcher auch die nächsten Jahre noch andauern wird. Überall in der Firma sind bereits heute deutliche Ansätze der neuen Ausrichtung zu erkennen. So hat sich die Firma mittlerweile bei ausgewählten Kunden einen ausgezeichneten Ruf erworben, wenn es darum geht, modische Ideen und Visionen in Stoffe und Gewebe zu «übersetzen» und sie modemarktgerecht zu produzieren. Die entsprechenden Fachleute bei der SWD setzen dabei gekonnt das neue Instrument CAD (Computer Aided Design) ein.

Nochmals Bruno Bolliger: «Entscheidend beim Einsatz von CAD ist die Fähigkeit unserer Leute, Vorstellungen und manchmal erst skizzenhaft vorhandene Produktideen der Kunden im Gespräch intuitiv richtig zu erfassen und sie mit den Möglichkeiten unserer Produktion zu verbinden. Unsere Kunden suchen in erster Linie die Sicherheit, modisch in ihrem Markt richtig zu liegen. In der gemeinsamen Produktentwicklung mit ihnen können wir – vor allem im Bereich der Fantasie- und Buntgewebe – die Möglichkeiten moderner EDV-Hilfsmittel zur Kreativitätssteigerung voll ausschöpfen.»

CIM für die Produktion

Doch nicht nur im «kreativen Bereich» hat sich die SWD neu orientiert, sondern auch in der Produktion wird nach modernsten Managementkriterien gearbeitet, das Stichwort hier heisst CIM (Computer Integrated Manufacturing). Bereits heute sind wesentliche Teile einer «totalen» EDV-Steuerung der Produktion realisiert. So werden mit dem System «Mill-

data» bereits heute sämtliche Maschinen online disponiert und ihr Arbeitsfortschritt entsprechend erfasst, was sich für die Kunden in der äusserst geschätzten Liefergenauigkeit auswirkt.

Im Bereich Qualitäts- und Gewebekontrolle hat die SWD als eine der ersten Schweizer Webereien das System «Visotex» eingesetzt: Eine vollelektronisch gesteuerte Anlage überprüft die produzierten Gewebe und sorgt dafür, dass über jeden Meter Stoff ein Qualitätsprotokoll existiert.

Die SWD ist überzeugt, mit dieser Ausrichtung und einem immer wieder selbstkritischen Infragestellen des eigenen Verhaltens sowie zielgerichteten und langfristig angelegten Strategien auf Erfolgskurs zu sein. Bruno Bolliger gibt sich denn auch optimistisch: «Ich habe für uns Schweizer «Textiler» keine Angst, auch nicht um unsere Arbeitsplätze – vorausgesetzt allerdings, wird bringen die Kraft auf, uns den Entwicklungen und Anforderungen eines veränderten Marktumfeldes anzupassen.»

P. Schindler (Einleitung / Titel)

Volkswirtschaft

Brauchen wir weiteren technischen Fortschritt?

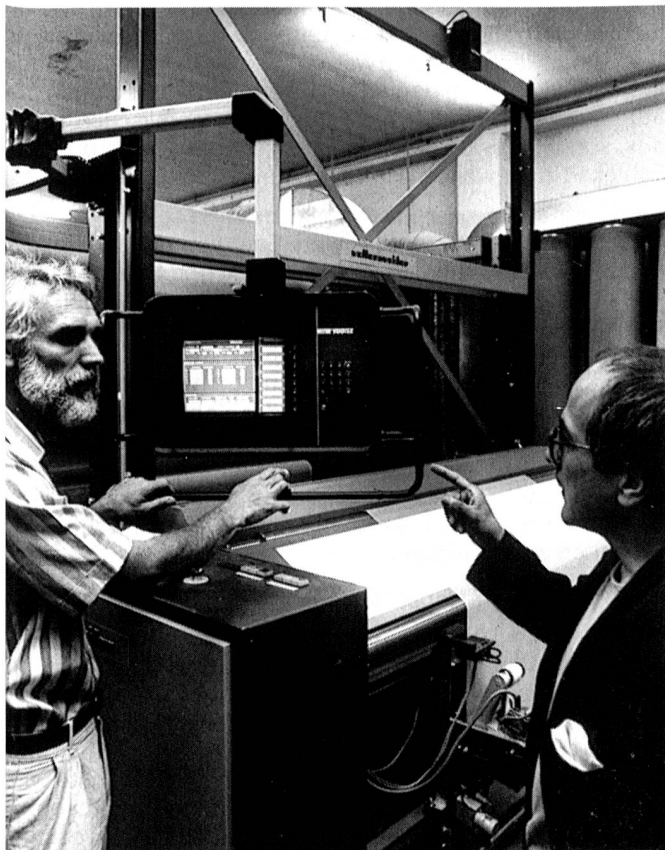
Wenn wir überleben und einigermaßen zivilisiert weiterleben wollen, kann die Antwort nur lauten: Ja, wir müssen uns ein für allemal darüber im klaren sein, dass sich ohne technologische Innovationen Fortschritt bei uns weder aufrechterhalten und vermehren noch an andere weitergeben lässt. Das anzustrebende Ziel, unsere Welt für alle menschlich zu gestalten, kann ohne Wissenschaft und Technik niemals erreicht werden.

Eine «Chancengesellschaft»

Kritiker einer technischen Zivilisation neigen dazu, in ihren Diskussionen über den technischen Fortschritt die Risiken zu betonen und die Chancen unerwähnt zu lassen. Dies führt zu dem irreführenden Eindruck, dass es die Risiken sind, die unsere Zeit charakterisieren. Leben und Weiterentwicklung in einer technischen Zivilisation sind aber davon geprägt, dass in all unserem Tun Chancen und Risiken miteinander verknüpft sind.

Was wir neben den besorgten Warnern auch weiterhin brauchen, sind die unbeirrbareren Vorwärtsdränger. Während letztere zwar zugestehen sollten, dass sie manchmal gebremst werden müssen, dürfen die Mahner nicht vergessen, dass sie wahrscheinlich nur dank der Vorwärtsdränger noch am Leben sind.

Sehen wir doch, wie es war und ist. Zu keiner Zeit in der Menschheitsgeschichte war das Risiko, zu erkranken oder vorzeitig zu sterben, so gering wie heute. Das materielle Leben wurde verbessert, und zwar nicht nur das von einigen, sondern das aller. Durch bessere und mehr Nahrungsmittel,



Bis heute wird die Kontrolle der Rohgewebe Meter für Meter von einzelnen Mitarbeitern durchgeführt. Diese Arbeit wird in den nächsten Jahren ganz verschwinden und von modernen, elektronischen Qualitätsprüfungsanlagen übernommen werden; die freiwerdenden qualifizierten Arbeitskräfte können interessantere Aufgaben übernehmen.

nützliche Gebrauchsgüter, ausreichendes Einkommen und umfassende soziale Sicherung, durch Verbesserung der medizinischen Versorgung, Erleichterung der Arbeit und Erweiterung des Bildungs- und Freizeitangebots hat heute die Bevölkerung einen nie gekannten Lebensstandard erreicht. Verbessert wurde die Gesundheit, verlängert die Lebenserwartung, vergrößert die räumliche Beweglichkeit. Vielleicht haben diejenigen, die Dasein unter unseren heutigen Bedingungen nur noch als Problem empfinden, die humane Funktion der Technik noch zu wenig verstanden.

Geschärfte Wahrnehmung von Risiken

Ohne Wissenschaft und Technik wären diese Erfolge nicht möglich gewesen. Sie haben uns aus den Zwängen der reinen Überlebenssicherung befreit und einen Freiraum für lebenswertes Dasein geschaffen. Unsere materielle Existenz ist für alle Zeiten und unauflösbar mit Technik verbunden. Wir dürfen auch weiterhin von der Technik Nutzen für uns erwarten, jedoch keinen Nutzen ohne auch Schaden. Aber die Technikgeschichte hat gezeigt, dass uns das Eingehen von Risiken insgesamt mehr Vorteile als Nachteile gebracht hat. Wer dies bezweifelt, hat eine verzerrte Vorstellung von der hochriskanten Wirklichkeit des täglichen Lebens vergangener Tage.

Der erreichte Fortschritt besteht übrigens auch darin, dass wir es uns heute leisten können, über Mängel und Probleme nachzusinnen, die in der so oft beschworenen «guten alten Zeit» weder wahrzunehmen noch zu ändern gewesen wären. Denn erst dann, wenn man für eine wachsende Bevölkerung ausreichend Arbeitsplätze geschaffen und gesichert hat, kann man es sich leisten, über die Schadstoffe aus rauchenden Schloten nachzudenken, erst dann, wenn sich der Mensch gegen die Bedrohungen der Umwelt durchgesetzt hat, kann er es sich leisten, sie auch wieder pfleglich zu behandeln. Die Zunahme der Probleme in den Industrienationen ist doch nicht nur eine Konsequenz der Technik selbst, sondern weithin auch die Folge des enormen Fortschritts, den sie gebracht hat.

Kein «Zurück» hinter die Technik

Das zum Teil berechtigte Unbehagen am technischen Fortschritt und seinen Risiken wird von alternativen Wissenschaftlern und Industriekritikern immer wieder aufgegriffen und diskutiert, wobei durch einseitige Darstellung der vielschichtigen Probleme beim Bürger oft der Eindruck erweckt wird, dass die Hinwendung zu alternativen Verfahren bei gleichzeitiger Abwendung von der Technik auch eine Lösung für die Probleme unserer Zeit sein könne. Sich hiervon leiten zu lassen, hiesse Lebensgewohnheiten grundsätzlich ändern, soziale und ökonomische Störungen grösstenteils riskieren zu müssen. Da der Mensch aber auf Weiterentwicklung ausgerichtet ist und es zu seinen Eigenschaften gehört, zu verbessern und zu vermehren, wird sich der vom unaufhebbaren menschlichen Verlangen nach Weiterentwicklung angetriebene technische Fortschritt wohl kaum aufhalten lassen.

Unsere Gesellschaft steht also vor einem Dilemma. Einerseits lähmt uns die Angst, Technik könne unsteuerbar werden, andererseits sind Wissenschaft und Technik die Grundlagen unserer Existenz. Das technische Zeitalter mag vielleicht kein Paradies sein, aber es muss auch nicht – wie uns immer wieder vorausgesagt wird – im Chaos enden und kann genauso erträglich sein wie jedes andere Zeitalter auch. Voraussetzung hierfür ist, dass wir als Gesellschaft die Gesetze akzeptieren, nach denen unsere technische Zivilisation entstanden ist und funktioniert, und dass wir lernen, mit ungelösten und zum Teil auch unlöslichen Problemen weiterzuleben. Ein gewisser Grad an permanenter Instabilität in unserem Leben ist unabänderlich.

Ernährung für neue Milliarden Menschen

Wenn wir die Welt als Ganzes betrachten und nicht nur unseren wohlhabenden Ausschnitt, dann können wir eigentlich zu keinem anderen Ergebnis kommen als zu dem, dass der Bedarf an neuem Wissen und Innovationen enorm ist. Vorausgesetzt, dass es keine Kriege, grössere Naturkatastrophen oder Epidemien gibt, wird die Weltbevölkerung – vor allem in den Entwicklungsländern – ständig zunehmen, um hundertfünfzig Menschen in der Minute oder achtzig Millionen in einem Jahr.

Alle diese Milliarden werden aber auch essen wollen, weiter Kinder in die Welt setzen und verlangen, dass diese nicht vorzeitig sterben und sie selbst länger am Leben bleiben. Täglich sterben Zehntausende an Hunger und Unterernährung, Millionen müssen gelegentlich hungern, Millionen sind von Unterernährung akut bedroht.

Eine Rückkehr zu vorindustrieller Nahrungsmittelproduktion verbietet sich angesichts dieser Situation von selbst, denn auf der Basis der Wirtschaftsform des Jägers und Sammlers bietet die Erde Lebensraum für vielleicht zehn Millionen Menschen, nicht aber für weitere Milliarden. Wir dürfen jetzt doch nicht im Ernst darüber nachdenken, ob wir nun statt künstlichen Düngers Biodünger oder statt chemischer Landwirtschaft alternativen Anbau haben wollen, sondern müssen uns schleunigst darum bemühen, eine Ernährungsbasis für alle zu schaffen. Ohne Chemie, die allein eine rentable Landwirtschaft gewährleisten kann, dürfte Hilfe nicht zu erwarten sein. *schwerden;*

Die richtige Hilfe an die Dritte Welt

Auch hat die ständige und universale Information über die Lebensbedingungen der Menschen dazu geführt, dass fast jeder überall weiss, wie auf dieser Welt gelebt wird. Vor allem wir in den reichen Industrienationen können dazu beitragen, den kümmerlichen Lebensstandard in den Entwicklungsländern allmählich zu verbessern. Tun wir es nicht, sind Verteilungskämpfe zu erwarten. Die ständig wachsende Weltbevölkerung in den überwiegend armen Regionen übt auf die reichen Länder nicht nur einen moralischen Druck aus, sondern verfügt auch in wachsender Masse über die Fähigkeit zu gewaltsamen Korrekturen ihrer Lage.

Wenn wir also zu der Erkenntnis kommen sollten, dass die Gesundheits-, Ernährungs- und Energieprobleme in der Dritten Welt auch unsere Probleme sind und Hilfe vor allem von uns kommen muss, die wir die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten hierzu haben, dann ist dies nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch eines der sich selbst erhaltenden Vernunft. Auch wenn dieses Ziel angesichts des Ausmasses an Not, der globalen Umweltprobleme und des weltweiten Energie- und Rohstoffmangels unerreichbar zu sein scheint, so stehen doch in der Mikroelektronik, der Kernenergie und der Biotechnologie qualitativ ganz neue technologische Chancen und technische Möglichkeiten zur Verfügung.

Innovationen sind lebenswichtig

Weiterer technischer Fortschritt ist aber auch bei uns in den Industrienationen notwendig, denn Fortschritt ist nicht etwas, was man einmal erreicht hat und dann ein für allemal besitzt, sondern etwas, worum man ständig ringen muss. Mit dem Verzicht auf weiteren Fortschritt würden wir uns gleichzeitig der Gefahr aussetzen, das bisher Erreichte wieder zu verlieren. Lebensqualität, Gesundheit und Lebenserwartung können nur auf dem heutigen hohen Niveau gehalten werden, wenn ständig neues Wissen produziert und weitere Innovationen zur Verfügung gestellt werden. Dies allein garantiert, dass es auch den anderen eines Tages ebenso gut geht wie uns heute und nicht allen in Zukunft schlechter.

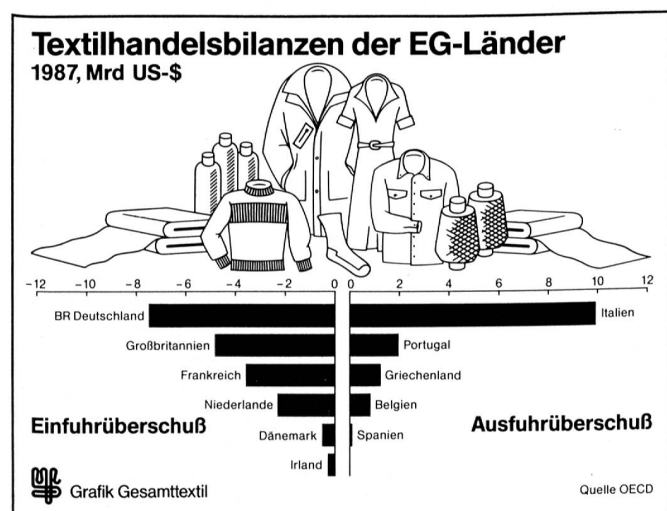
Haben wir eine erstrebenswerte Zukunft? Wenn wir weiter auf Wissenschaft und Technik setzen und eine vernünftige Bereitschaft zum Risiko haben, ja. Viel wird davon abhängen, dass den Verantwortlichen in Wissenschaft, Technik und Industrie bewusst wird, dass für die Nutzung moderner Technologien und die Bewältigung der anstehenden Zukunftsprobleme ein gesellschaftlicher Grundkonsens notwendig ist, dass sich Fortschritt nur auf dem Boden einer ihn bejahenden Mehrheit entwickeln kann und dass der Akzeptanzprozess von technischen Neuerungen ein behutsam geleiteter und von Mass und Vernunft gesteuerter Vertrauens- und Kommunikationsprozess sein muss.

Aus dem «Wochenbericht» der Bank Julius Bär

Zu: «Textilhandelsbilanzen der EG-Länder»

Die Gesamtextil-Gratik «Textilhandelsbilanzen der EG-Länder» zeigt, wie elf Mitgliedstaaten im Welttextilhandel per saldo dastehen. Dabei wird das Ergebnis ihres Handels mit textilen Vorprodukten und Fertigwaren zusammengefasst und im Verhältnis zu allen anderen Ländern dargestellt. Vorprodukte: Hier ist vor allem an Garne und Gewebe zu denken, nicht dagegen an textile Rohstoffe. Fertigwaren: Das bedeutet überwiegend Bekleidung, darunter viele Maschenerzeugnisse.

Wie die Gesamtextil-Gratik erkennen lässt, weist unter den EG-Staaten die Bundesrepublik den mit Abstand grössten Einfuhrüberschuss aus; trotz der grossen Exporterfolge, die ihr Textilsektor gleichzeitig erzielt. Bei einer Aufschlüsselung der Warenströme zeigt sich, dass dieser Einfuhrüberschuss im Handel mit Fertigwaren entsteht, namentlich auch durch Maschenwarenimporte. Grossbritannien, Frankreich und die Niederlande erwirtschaften im Textilsektor ebenfalls hohe Handelsdefizite.



Den überragenden Ausfuhrüberschuss erzielt Italien. Doch auch Portugal, Griechenland und Belgien weisen beachtliche Exportsalden aus.

Mehr Beschäftigung dank kürzerer Arbeitszeit?

Häufig werden Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen mit angeblich damit verbundenen positiven Beschäftigungseffekten begründet. In den meisten Industrieländern ist im Zeitraum 1970 bis 1986 die effektive Jahresarbeitszeit im verarbeitenden Gewerbe gesunken, ebenso jedoch die Zahl der Erwerbstätigen. Dabei ging die Beschäftigung im Durchschnitt um so stärker zurück, je grösser die Verkürzung der Arbeitszeit war. In Holland etwa nahm die Arbeitszeit im verarbeitenden Gewerbe in den betrachteten sechzehn Jahren um 14,8 % ab, während die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Sektor um nicht weniger als 33,5 % fiel. Ähnliche Proportionen verzeichnet Belgien (-16 / -30,8 %), während Grossbritannien mit einer etwas geringeren Arbeitszeitreduktion um 9,5 % einen ebenfalls starken Rückgang der Erwerbstätigen (-30,6 %) hinnehmen musste. In einer Reihe weiterer Länder sanken Arbeitszeit und Beschäftigung ungefähr im Gleichschritt, so etwa in Frankreich (-13,9 / -18,8 %), der BR Deutschland (-13,5 / -18,4 %) und Italien (-11,6 / -8,2 %).

Dagegen nahm in bedeutenden Ländern, in denen die Arbeitszeit nur wenig oder gar nicht verkürzt wurde, die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe zu. In Japan sank die Arbeitszeit lediglich um 5,3 %, die Beschäftigung stieg um 10,2 %. Positiv verlief die Entwicklung auch in Kanada (-3 / +19,2 %) und den USA (+1,9 / +9,3 %). Einen Sonderfall stellt die Schweiz dar, wo einem relativ bescheidenen Abbau der Arbeitszeit um 5,1 % ein Rückgang der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe um 16 % gegenübersteht. Dies dürfte mit der grossen Bedeutung und Attraktivität des Dienstleistungssektors in unserem Land zusammenhängen.

(Quelle: «Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft», Nr. 40/89)

Klein- und Mittelbetriebe dominieren Exportbranchen

Gesamtschweizerisch zählten im vergangenen Jahr 10,5 % der gemäss Arbeitsgesetz erfassten 7834 Betriebe in der verarbeitenden Produktion weniger als 10 Mitarbeiter, 70,7 % 10 bis 99 und 16,5 % 100 bis 499 Mitarbeiter. Lediglich 2,3 % der Betriebe beschäftigten 500 und mehr Personen. Auch in stark exportorientierten Wirtschaftszweigen der Schweiz sind Klein- und Mittelbetriebe vorherrschend. Im Maschinen- und Fahrzeugbau mit 947 Betrieben entfielen 67,5 % auf die Kategorie 10 bis 99 und 21,3 % auf die Kategorie 100 bis 499 Mitarbeiter. 500 und mehr Beschäftigte hatten lediglich 5,8 % der Betriebe. Gering war mit 5,4 % auch der Anteil der Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten. Bei den 793 Betrieben der Elektronik und Feinmechanik entspricht die Gröszenstruktur ungefähr jener im Maschinen- und Fahrzeugbau.

Auch in der chemischen Industrie verfügte 1988 das Gros der 347 Betriebe - 63,7 % - über 10 bis 99 Mitarbeiter. Höher als in der Maschinen- und Elektronikindustrie lag mit 26,2 % der Anteil der Betriebe mit 100 bis 499 Beschäftigten, während auf die grossen mit 500 und mehr Leuten 4,6 % der Betriebe entfielen. Mit 5,5 % ebenfalls schwach vertreten waren die Kleinstbetriebe.

(Quelle: BfS: «Industriestatistik 1986 - 1987 - 1988», Bern 1989)

Zinsen und Mieten

Die Hypozinsrunden des Jahres 1989 werden zum nationalen Medienereignis ersten Ranges. Mieter bzw. Repräsentanten ihrer Verbände profilieren sich durch Angriffe auf die Banken, welche die ohnehin bestehende «Wohnungsnot» angeblich schamlos zu ihren Gunsten ausnützen. Die schweizerische Politik entwickelt in letzter Zeit einen Hang zum Abseitigen, ja zum Absurden. Der Weg dorthin folgt stets demselben Verlaufsmuster. Am Anfang stehen Ad-hoc-Interventionen in die Zuteilungsfunktion des Preises. Da diese Eingriffe selbstverständlich nicht funktionieren (können), muss ihre Intensität gesteigert werden, bis die Preissteuerung durch das wirre Regeldickicht total lahmgelegt wird. Dann lehnt man sich zurück und denkt nach. Die logische Konsequenz ist einfach: Der Markt funktioniert nicht. Also müssen andere Regelmechanismen her, am einfachsten Gebote und Verbote. In einer Zeit, wo im Osten Europas und in fast allen Entwicklungsländern die durch Interessengruppen und Bürokratien gemarterten Marktkräfte wieder freigelassen werden, schreitet in unserem Land der blinde Interventionismus munter fort. Die Folgen sind absehbar und gravierend.

Schauen wir uns dazu den Hypothekar- und Wohnungsmarkt etwas näher an, und beginnen wir einmal mit ein paar harten Tatsachen:

1. In der Schweiz herrscht mit Sicherheit keine «Wohnungsnot». Angesichts der Wohnsituation von 90% der Menschheit ist die Bezeichnung der primär wohlstandsbedingten Verknappung bzw. Verteuerung von stark gestiegenen Bedürfnissen nach Wohnraum als «Not» weit mehr als eine Gedankenlosigkeit. Es ist letztlich ein Symptom unserer Wohlstands-Schizophrenie.
2. Die Zinsen sind in letzter Zeit eher gesunken als gestiegen. Was sowohl den Investor wie den Geldgeber interessiert, ist ja nicht der Nominalzins, sondern der reale, das heisst der um die erwartete Inflationsrate reduzierte, Zins. Warum legt niemand sein Geld in Brasilien an, obwohl dort Zinsen von über 100% bezahlt werden? In der Schweiz verzeichnen wir im Moment über 4% Inflation, und die Lohnrunden per Ende Jahr lassen für 1990 sicher nicht weniger erwarten. Ein Hypozins von 5% bei 2% Inflation ist real genau dasselbe wie ein Nominalzins von 7% bei 4% Inflation. Er beträgt beide Male exakt 3%.
3. Steigende Nominalzinsen stellen primär eine verzögerte Anpassung der Sparer an die Inflation dar. Sie sind die Folge, nicht die Ursache inflationärer Tendenzen. Inflationsbekämpfung erfordert eine restriktive Geldpolitik seitens der Nationalbank, was kurzfristig zinstreibend wirkt, um die Nachfrage zu dämpfen. Steigende bzw. hohe Zinsen sind daher eher die Vorboten einer Stabilisierungs-Rezession als einer anrollenden Inflationswelle.
4. Der Hypothekarmarkt und der Wohnungsmarkt sind zwei völlig verschiedene Märkte, die an sich wenig miteinander zu tun haben. Vielmehr ist der Hypothekarmarkt voll in die übrigen Finanzmärkte integriert. Steigende Finanzierungskosten durch höhere Zinsen müssen deshalb nicht zu steigenden Mieten führen. Nehmen wir einmal an, die Nationalbank verpasse der schweizerischen Volkswirtschaft eine monetäre Vollbremsung mit einem entsprechenden Zinsschock: Der Hypozins schnellte auf 12% (und analog alle übrigen Kreditzinsen); ein Niveau, wie es zum Beispiel in Kanada bei etwa 4% Inflation gang und gäbe ist. Dies würde zu einem Einbruch im Bereich der Einkommen und der Beschäftigung – und damit auf einem freien Markt zu einer sinkenden Wohnungsnachfrage und

sinkenden Mietpreisen führen. Was das Gedankenexperiment zeigt, ist, dass der unselige Automatismus zwischen Zinsen und Mieten nicht marktbedingt, sondern politisch verordnet ist – letztlich zum Schaden aller, wie wir zeigen werden.

Als Folge jahrzehntealter Eingriffe in den Wohnungsmarkt haben wir in der Schweiz de facto eine Kostenmiete, das heisst, ein Mietpreis ist nicht missbräuchlich, wenn er «kostengerecht» ist. Nun sind die Finanzierungskosten bei Wohnungen hoch. Steigende Zinsen erhöhen die Kosten, ergo sind Preiserhöhungen bei Wohnungen gerechtfertigt. Um diesen ökonomischen Unsinn ja hieb- und stichfest zu machen, erfindet man gleich noch eine willkürliche Formel: $x\%$ Hypozinserhöhung = $y\%$ Mietzinserhöhung – und vice versa.

Diese angeblich zum Schutz der Mieter durchgesetzte Formel ist volkswirtschaftlich schädlich. Die Verpolitisierung des Hypozinses verhindert rechtzeitige und vollständige Zinsänderungen, die vom Markt her geboten wären. Es ist sogar möglich, dass die Hypozinsen auch langfristig unter dem Marktpreis liegen.

Wer profitiert? Die Hauseigentümer natürlich, deren Liegenschaftswerte steigen und deren reale Schuldendienste sinken. Künstlich tiefe Hypozinsen begünstigen auch die Bauwirtschaft, die sich in einem aufgeblähten Bauvolumen nicht sonderlich um Kosteneinsparungen bemühen muss, um so mehr als ja via Kostenmiete alles überwältigt werden kann. Dies wird des weiteren dadurch erleichtert, dass die Überwälzungsformeln kartellähnliche Zustände unter den Vermietern schaffen. Ziel jedes Kartells ist bekanntlich die Garantie einer (höheren als normalen) Gewinnmarge. Im Wohnungsmarkt übernimmt die staatliche Politik (angetrieben von den Mieterverbänden) diese Aufgabe. Analoges gilt selbst für die Banken, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen auch dazu verleitet werden, schön gemeinsam vorzugehen. Letzteres bestärkt wiederum den (falschen) Eindruck, die Banken würden die Zinsen «machen». Angesichts der Liberalisierung der weltweiten Finanzmärkte ist ohnehin damit zu rechnen, dass die schweizerische Zinsstruktur nicht wesentlich anders aussehen kann als anderswo. Tendenziell höhere Zinsen könnten sogar die Effizienz der schweizerischen Investitionen erhöhen. Die relativ tiefen Zinsen haben womöglich zu Überinvestitionen und zu ungesunden Kostensteigerungen im Bau- und Liegenschaftssektor der Schweiz geführt. Die hohen Baukosten, zusammen mit dem Aufwertungsdruck des Frankens (auch als Folge des tiefen Zinsniveaus) haben demgegenüber die Exportwirtschaft geschädigt. Auch hier also primär eine recht problematische Umverteilung!

Steigende Zinsen werden daher mittelfristig die Liegenschaftspreise und Baukosten senken – und nicht erhöhen. Eine Liegenschaft mit einem Nettoertrag von 10 000 Franken ist bei 5% Zins 2 Mio. Franken wert, bei 10% jedoch «nur» eine Mio. Oder anders herum: Wer 20 000 Franken pro Jahr für ein Eigenheim aufbringen kann, stösst mit 5% Zins bei 400 000 Franken Investitionskosten an die Schallgrenze, bei 10% jedoch bereits bei 200 000 Franken. Man kann eben die Nachfrage nach Wohnraum nicht dämpfen, ohne die realen Kapitalkosten in Rechnung zu stellen. Was das Parlament kürzlich beschlossen hat (Begrenzung des Fremdkapitalanteils bei Liegenschaftskäufen und Wiederverkaufsverbot während 5 Jahren) ist ein untauglicher Versuch, den Pelz zu waschen, ohne ihn nass zu machen – mit den höchst problematischen «Nebenwirkungen», dass erstens massiv in die Eigentumsrechte eingegriffen wird und zweitens die Interventionsschraube vielleicht über den «point of no return» hinaus weitergedreht worden ist. Man wird in Kürze feststellen, dass dies nichts nützt und messerscharf schliessen, dass man halt zu wenig weit gegangen sei...

Doch wie sähe eine liberale Wohnungspolitik aus?

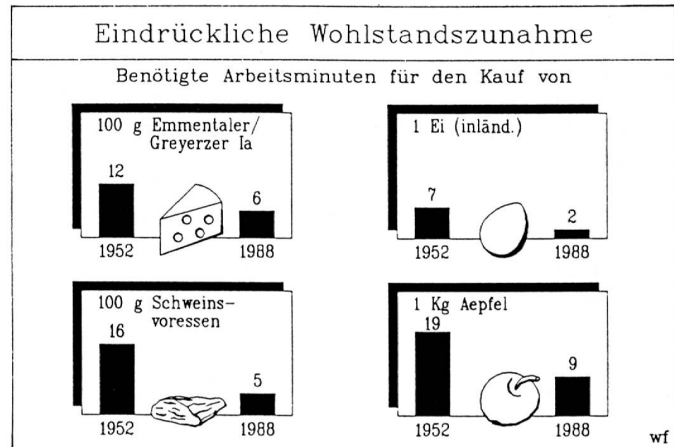
1. Aufhebung jeglicher Mietzinskontrollen bzw. -überwachungen. Dies würde den bestehenden Wohnraum einer weit effizienteren Nutzung zuführen, indem zum Beispiel alte, unterbelegte Wohnungen auf den Markt kämen.
2. Drastische Vereinfachung und Reduktion aller Ausnutzungs- und Bauvorschriften. Dies hätte zur Folge, dass bestehende Bauten weit besser genutzt werden könnten, zum Beispiel durch Ausbau aller Dachgeschosse, durch Nutzung von Ökonomiegebäuden etc. Gleichzeitig würde das Bauen und Umbauen wesentlich billiger.
3. Mobilisierung von Baulandreserven. Die gegenwärtige fiskalische Belastung von Kapitalgewinnen begünstigt die Bauland- und Liegenschaftshortung, indem mit zunehmender Besitzdauer der Steuersatz abnimmt. Um das Gegenteil zu bewirken, nämlich baureifes Gelände effektiv zu nutzen, müsste auch die Steuer genau gegenteilig wirken: nämlich Baulandhortung bestrafen. Statt kostspielige Rückzonungen vorzunehmen, sollten die kommunalen Überbauungsrechte automatisch verfallen lassen, wenn innert nützlicher Frist keine Überbauung stattfindet.
4. Völlige Liberalisierung des Hypothekarmarktes. Dies würde auch die kartellähnlichen Absprachen unter den Banken zerschlagen und eine Reihe neuer Finanzierungsformen ins Leben rufen, zum Beispiel Festhypotheken mit Amortisationspflicht auch auf der 1. Hypothek.
5. Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus und übermässigen Kündigungsschutzes. Theorie und Erfahrung lehren, dass mit solchen Massnahmen den sozial Schwachen nicht wirklich geholfen werden kann. Extremer Kündigungsschutz im Verein mit Mietzinskontrollen veranlasst langfristig Investoren, aus diesem Geschäft auszusteigen bzw. diejenigen zu diskriminieren, die man schützen möchte.

Dazu kommt, dass der soziale Wohnungsbau ohnehin eher mittelständischen Schichten zugute kommt als den wirklichen Härtefällen, die es tatsächlich gibt. Um diesen Gruppen wirklich zu helfen, benötigen wir einkommens- und vermögensabhängige Subventionen des Mietzinses derjenigen Personen, die sich subjektiv in einer Notlage befinden. Das ist administrativ einfacher und ökonomisch effizienter.

Zum Schluss sei noch auf ein Paradoxon schweizerischer Wirtschafts- und Sozialpolitik hingewiesen. Dieselben Kreise, die mit der «linken Hand» die Mieter organisieren und für tiefe Mietpreise kämpfen, hebeln mit der Rechten an der zweiten Säule der Altersvorsorge, um höhere Renten, volle Freizügigkeit etc. herauszuholen. Wir sind nicht mehr weit davon entfernt, dass volkswirtschaftlich gesehen die Mieter in ihrer Eigenschaft als PK-Mitglieder die wahren Eigentümer der Wohnungen sind. Dass die Linke nicht mehr weiss, was die Rechte tut, kommt in Grosskollektiven leider weit häufiger vor als bei Individuen.

Aus dem «Wochenbericht der Bank Julius Bär»

Der Einkaufskorb füllt sich schneller



Ein Gradmesser für höheren Wohlstand ist das Wachstum der Kaufkraft. Sie lässt sich nicht nur anhand der realen Entwicklung der Einkommen ausdrücken, sondern auch mit der für den Kauf beispielsweise von Nahrungsmitteln notwendigen Arbeitsdauer. Auf der Basis der Verdienste verunfallter, erwachsener, gelernter und angelernter Arbeiter sowie der jeweiligen Konsumentenpreise musste 1952 etwa für den Kauf von 100 g Emmentaler oder Greyerzer 1a 12 Minuten gearbeitet werden, 1988 dagegen nur noch 6 Minuten. Für ein inländisches Ei sank der erforderliche Arbeitseinsatz im selben Zeitraum von 7 auf 2, für 100 g Schweinsvoressen von 16 auf 5 und für 1 kg Äpfel von 19 auf 9 Minuten. Auch 1 l Vollmilch war im vergangenen Jahr mit 5 dafür zu leistenden Arbeitsminuten wesentlich schneller zu haben als 36 Jahre zuvor mit 11 Minuten, ferner 100 g Tafelbutter (22/6 Minuten) oder 1 kg Kartoffeln (8/4 Minuten). Für den Kauf von 1 kg Ruchbrot allerdings war 1988 12 Minuten, das heisst 1 Minute mehr als 1952, zu arbeiten. Dies hängt mit dem in der Volksabstimmung vom 30. November 1980 beschlossenen Abbau der Brotpreisverbilligung zusammen.

(Quellen: «Direktauskunft Schweizerisches Bauernsekretariat, Brugg. Dasselbe: «Statistische Erhebungen und Schätzungen über Landwirtschaft und Ernährung», Ausgabe 1988)

Arbeitsmarktentlastung durch Grenzgänger

Der mit der anhaltenden Hochkonjunktur in unserem Land verbundene steigende Bedarf an Arbeitskräften widerspiegelt sich auch in der wachsenden Zahl der Grenzgänger. Diese erhöhte sich von Ende August 1988 bis Ende August 1989 um 12,8 % auf 163 362. 57,8 % der Grenzgänger arbeiteten in den drei Kantonen Tessin mit 38 997, Genf mit 30 153 und Basel-Stadt mit 25 218. Auch in zahlreichen weiteren Kantonen bilden sie angesichts des ausgetrockneten Arbeitsmarktes eine wichtige Stütze für die Wirtschaft, beispielsweise in der Waadt, wo Ende August 1989 11 729 Grenzgänger ihr Brot verdienten, im Kanton St. Gallen (10 535), in Basel-Land (10 432) oder im Aargau (9 410). Am stärksten hat die Zahl der über die Grenze pendelnden ausländischen Arbeitskräfte gegenüber dem Vorjahr mit 3754

im Kanton Basel-Stadt zugenommen. In der Waadt standen 2976 mehr Grenzgänger im Dienste unserer Wirtschaft, in Basel-Land 1763 und im Tessin 1600.

Knapp die Hälfte der Grenzgänger (49,5%) arbeitete Ende August 1989 in Industrie und Handwerk. Der Dienstleistungssektor beanspruchte 34,8, das Baugewerbe 14,4, die Land- und Forstwirtschaft 0,9%. Weitaus die meisten Grenzgänger waren Franzosen (46,2%). Aus Italien stammten 26,5%, aus der Bundesrepublik Deutschland 19,7% und aus Österreich 7,1%. Auf die übrigen Länder entfielen 0,5%.

(Quelle: Bundesamt für Ausländerfragen, «Die Ausländer in der Schweiz, August 1989»)

Mode

Stoffkollektion von Christian Fischbacher

Herbst/Winter 1990/91

Der kommende Modewinter wird farbenfroh belebt, fantasievoll gemustert und durch raffinierte Farbharmonien gekennzeichnet. Die Stoffqualitäten sind weich und griffig, sinnlich und füllig, fließend und edel.

«Lumière Nordique», «Ballets Russes», «Art Moderne» heissen die Hauptthemen der Herbst-/Winter-Saison.

«Lumière Nordique» ist eine feminine Linie mit einem bequem sportlichen Charakter. Die wichtigsten Farben sind Basis-Winterweiss, Grège, Taupe, Schlamm, Cognac und Braun. Kühl schimmernde Pastells setzen Akzente, zusammen mit ethnischen Motiven, Blumen-, Chiné- und Kaschmir-Inspirationen.

«Ballets Russes» ist ein reiches Thema, das bei russischer Folklore der Renaissance im orientalischen Byzanz anknüpft. Die dominierenden Farben sind prächtig: Kobalt-Blau, Efeu-Grün, Bordeaux, Senf, Braun, Schwarz mit metallischen Akzenten. Gekonnter Mustermix ist ein weiteres Merkmal zum Thema. Die Stoffe sind wollig, seidig und mit Patina-Aspekt.

Für «Art Moderne» dienten die Konstruktivisten als Inspirationsquelle. Es ist ein klarer, architektonischer Look in reinen, leuchtenden und fröhlichen Farben.

Zu allen drei Themen und zu allen Druckstoffen lassen sich immer die entsprechenden Uninuancen kombinieren. Die einzelnen gemusterten Stoffe sind in ihrem Dessin so durchdacht, dass sie, frei nach Wunsch, zu spannenden Composés assortiert werden können.

Das Designer-Team von Christian Fischbacher steht seit kurzem unter neuer Leitung. Werner Brinkmann hat sich und seiner Equipe ein Ziel gesetzt: Mit jeder Kollektion soll ein Schritt vorangegangen werden, um dem Kunden innovative, kreativere, modischere und qualitativ noch raffiniertere Produkte vorzulegen.

Fischbachers Stärke liegt in der Kundennähe sowie bei technisch schwierigen Realisationen. Dem Thema «Farbe» misst das Unternehmen ebenfalls grosse Bedeutung zu.

Die Entwicklung von Neuheiten wie zum Beispiel – für diese Wintersaison – tolle Viscose-Woll-Qualitäten und eine umfangreiche Mikrofaser-Kollektion ist ein Schwergewicht in der Kollektionsgestaltung. Die vergangenen sechs Monate wurden genutzt, um das Herstellungsverfahren dieser Mikrofaserfamilie zu perfektionieren. Es werden Eigenentwicklungen in verschiedenen Gewichtsklassen und Mischungen angeboten.

Christian Fischbacher baut die Domäne der Spezialanfertigungen im Dialog mit dem Kunden weiterhin aus. Diesen Aspekt der Zusammenarbeit empfindet das Kreationsteam als besonders belebend in seiner Forschungstätigkeit.

Wollsiegel alpin

Schurwolle, die ideale Faser für den Wintersport

Wenn das österreichische Ski-Nationalteam des Skizirkus jetzt wieder an den Start geht, dann tut es dies in rot-weissen Slalom-Pullovern aus reiner Schurwolle. Und mit ihnen elf weitere Nationalmannschaften, die ebenfalls beim sportlichen Wettstreit auf die Wollsiegel-Qualitäten der österreichischen Strickwarenhersteller setzen.



Winter 1989/90: Wollsiegel alpin. Schurwolle, die ideale Faser für den Wintersport. Ideenreiches, witziges Norweger Design mit modernen Stilelementen zeigt dieser sportive Wollsiegel-Skipullover von Steffner-Sportswear, Ennsparck, A-5541 Altenmarkt. Foto: Wollsiegel-Dienst / Steffner